

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Übergangsmanagement Schule–Ausbildung an der Allgemeinen Berufsschule

Bremen verzeichnet einen großen Zuwachs an jugendlichen Flüchtlingen. Sie brauchen Zugang zu beruflichen Abschlüssen, um sich eine Perspektive auf existenzsichernde, ihren Neigungen entsprechende Erwerbsarbeit aufzubauen. Auch viele Betriebe sehen eine große Chance darin, junge Geflüchtete als interessante und interessierte Auszubildende zu gewinnen, auch vor dem Hintergrund eines in einigen Branchen befürchteten Fachkräftemangels. Die Potenziale, die hierin für eine erfolgreiche berufliche Integration junger Flüchtlinge liegen, wurden auch auf dem „Speed-Dating“ im Dezember von allen Seiten bestätigt, das die Handelskammer im Universum durchführte. Über 50 junge Flüchtlinge der Abschlussklassen der Allgemeinen Berufsschule (ABS) nahmen daran teil.

Diese Chancen zu realisieren und auszuschöpfen erfordert jedoch ein personell gut aufgestelltes Übergangsmanagement Schule–Beruf an der ABS und perspektivisch an allen beruflichen Schulen im Land Bremen. Es müssen Kontakte zu Betrieben hergestellt und Gespräche mit Schülerinnen/Schülern geführt werden, aber auch eine Ausbildungsbegleitung zumindest am Anfang geleistet werden. Über die Schülerinnen/Schüler der ABS hinaus ist auch der Kontakt zu den Vorkursen an anderen Schulen herzustellen, um auch diese Schülerinnen/Schüler mit einzubeziehen.

Diese Aufgaben gehen über das hinaus, was von Klassen- und Jahrgangseleitungen neben ihren sonstigen Aufgaben bewältigt werden kann. Die Chancen zu nutzen erfordert daher eine eigenständige personelle Untersetzung, die nicht auf zukünftige Haushaltsjahre warten kann. Ähnlich wie bei den Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeitern bietet sich daher eine Übergangsfinanzierung aus dem Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) an, um so schnell wie möglich die erforderlichen Kapazitäten an der Schnittstelle Schule–Ausbildung zur Verfügung zu stellen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das spezielle Übergangsmanagement Schule–Ausbildung für Flüchtlinge und Schülerinnen/Schüler mit Migrationshintergrund an der Allgemeinen Berufsschule durch eine eigenständige personelle Ausstattung abzusichern und dafür zunächst eine Finanzierung aus dem BAP einzuplanen.

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE